

UTE VOGT

INFORMIERT

Nr. 11

SPD

November 2020



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

vieles habe ich schon erlebt in meiner langjährigen Erfahrung als Abgeordnete, viele Protestwellen und Demonstrationen, nicht selten stand ich auch selbst als Demonstrantin auf der Straße. Ich finde es sehr wichtig, dass sich Bürgerinnen und Bürger darum kümmern, wenn Grundrechte eingeschränkt werden - und es ist völlig normal, dass wir darüber strittig diskutieren und es auch Demonstrationen dazu gibt.

Schlimm ist allerdings, dass diskussionsbereite kritische Menschen kaum noch eine Plattform finden, um solche Debatten auszutragen. Denn praktisch jede Demonstration oder Protestaktion wird derzeit in Windeseile von rechtsradikalen, rechtsextremen oder Verschwörungstheoretikern gekapert. Es hat mich wirklich erschüttert, dass Menschen mit bunten Regenbogen- und Friedensfahnen praktisch Seite an Seite mit bekannten Rechtsextremisten und Trägern von Reichskriegsflaggen marschiert sind.

Eines fällt mir besonders auf: Viele Menschen wollen gar nicht diskutieren. Sie haben eine feste Meinung und sind aggressiv gegen Andersdenkende. Sie äußern ihre Meinung, nicht selten in kränkender und beleidigender Form - wenn aber jemand widerspricht, wird die Gegenrede als Verbot der Meinungsfreiheit interpretiert.

Viele der Teilnehmenden wirken auf mich äußerst unpolitisch und sind sehr einseitig informiert. Normale politische Prozesse, wie, sich aus unterschiedlichen Quellen zu informieren, strittiger Austausch von Meinungen oder gar das Suchen von Kompromissen scheinen unbekannt. Ganz zu schweigen von fehlendem Wissen darüber, wie ein Gesetz zustande kommt. Besonders deutlich wurde diese fehlende Bildung anhand des leichthin übernommenen Begriffes des Ermächtigungsgesetzes. „Da hat die SPD bestimmt auch schon zugestimmt“ war eine der üblen Zuschriften einer Bürgerin, die die deutsche Geschichte offensichtlich noch nicht einmal im Ansatz kennt. Solche Menschen sind für Rechtsextremisten eine leichte Beute. Sie wissen wenig, kümmern sich eigentlich nie um Politik und sind nun aufgeschreckt und wollen etwas tun - irgendwie dagegen, weil die aktuelle Situation natürlich viele Menschen extrem belastet. Wir müssen uns fragen, wie wir diese Frauen und Männer erreichen. Die SPD ist die Partei der Aufklärung - wir müssen uns wieder mehr Mühe geben, dies auch praktisch zu leben. Raum für Diskussionen zu schaffen, damit Menschen spüren, dass wir sie ernst nehmen und wissen, was sie in der Arbeitswelt und in den Familien umtreibt. Schließen will ich heute mit einem Zitat aus Willy Brandts Regierungserklärung, Oktober 1969: „Wir sind keine Erwählten, wir sind Gewählte. Deshalb suchen wir das Gespräch mit allen, die sich um diese Demokratie bemühen“.

Herzliche Grüße

Massen-Zuschriften zum Infektionsschutzgesetz

Gut 3.000 E-Mails und Briefe aus dem ganzen Bundesgebiet sind aktuell in meinen Büros in Berlin und Stuttgart eingegangen. Das Thema natürlich: Das neue Infektionsschutzgesetz. Meine Mitarbeiter*innen und ich werden diese Zuschriften nicht alle beantworten können und konzentrieren uns daher auf die Zuschriften aus unserem Wahlkreis. Zusätzlich wurden wir und andere Büros mit Telefonanrufen belagert. Unter den Menschen, die uns schreiben und anrufen sind leider nur sehr wenige offen für ein echtes Gespräch oder einen wirklichen Dialog. Die überwiegende Mehrheit ist Verschwörungsmethoden aufgesessen und gehört oft zu den sogenannten „Querdenkern“. Viele glauben, das neue Gesetz sei eine Wiederauflage des Ermächtigungsgesetzes von 1933. Dieser Vergleich ist nicht nur falsch und geschichtsvergessen, sondern eine Verhöhnung der Verfolgten und Ermordeten der Nazi-Diktatur.

Die meisten der Zuschriften sind Vorlagen für Massenmails, die gezielt mit der Bitte um Versendung breit gestreut wurden. Eher selten macht sich jemand die Mühe, uns wirklich seine eigenen Gedanken zu schreiben. Wo das geschieht, sind es dann häufig die Menschen, die wiederum meine Argumente wägen und sich auch mit einem Dank zurück melden.

Deutlich wird bei diesen Aktionen: Rechtsextreme und Verfassungsgegner nutzen ganz gezielt das Netz, um Stimmung zu machen. Bei fast jedem Brief ist leicht nachvollziehbar, von welcher Internetseite die Argumente gespeist wurden. Erschreckend ist, wie viele Menschen solchen Behauptungen mehr glauben, als einer seriösen medialen Berichterstattung. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass hier eine kleine, aber sehr laute Minderheit agiert. Es ist bedauerlich, dass die Mehrheit der Bevölkerung lieber erstmal schweigt. Laut Umfragen hat die aktuelle Politik der Bundesregierung ja hohe Zustimmung. Bleiben wir gemeinsam kritisch und hinterfragen neue Gesetzesvorhaben. Nur durch kritische Debatten kommen wir zu guten Entscheidungen. Das Versenden von zum Teil sogar bedrohenden Massenmails hat damit allerdings nichts zu tun! Denjenigen, die mehr über das Gesetz und seine Rahmenbedingungen wissen möchten, rate ich die wichtigsten Fragen und Antworten [hier](#) nachzulesen.

Überbrückungshilfe III - Stärkung auch für Soloselbstständige

Bundesfinanzminister Olaf Scholz und Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier haben sich darauf verständigt, die bisherigen Überbrückungshilfen über das Jahresende hinaus zu verlängern und auszuweiten. Diese Überbrückungshilfe III hat eine Laufzeit von Januar 2021 bis Juni 2021. Dazu gehört auch die sogenannte „Neustarthilfe für Soloselbstständige“. Damit soll der besonderen Situation von Soloselbstständigen, insbesondere Künstlerinnen und Künstlern und Kulturschaffenden Rechnung getragen werden. Die Hilfen werden in direkt und indirekt Betroffene ausdifferenziert, um die Zielgruppen besser voneinander abzugrenzen.

Mit der Neustarthilfe erhalten Soloselbstständige, die oft keine Betriebskosten geltend machen konnten, außerdem eine Sonderunterstützung von einmalig bis zu 5.000 Euro. Es wird klargestellt, dass auch Beherbergungsbetriebe und Veranstaltungsstätten als direkt betroffene Unternehmen antragsberechtigt sind. So können auch Pensionen, Jugendherbergen und Konzerthallen im Rahmen der geltenden Bestimmungen die Novemberhilfe erhalten. Neben den direkt Betroffenen sind indirekt Betroffene antragsberechtigt, wenn sie regelmäßig 80 Prozent ihrer Umsätze mit direkt von den Schließungs-Maßnahmen betroffenen Unternehmen erzielen. Mehr Details können dieser [Pressemitteilung](#) entnommen werden.



Bild von Mustangloe auf Pixabay

Sozialdemokratische Innenpolitik



Bild: Rico Löb auf Pixabay



Bild: TheDigitalWay auf Pixabay



Blick auf das Reichstagsgebäude

Sozialdemokratische Innenpolitik bedeutet Demokratie, Freiheit und Sicherheit zusammenzubringen. Das ist der Leitgedanke des kürzlich beschlossenen innenpolitischen Positionspapiers der SPD Bundestagsfraktion. Als innenpolitische Sprecherin ist es mir ein besonderes Anliegen, dass der Innen- und Sicherheitspolitik in der SPD wieder größere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Mit guter Innenpolitik sorgen wir dafür, dass Menschen alle öffentlichen Einrichtungen ohne Angst nutzen können - in Grünanlagen, U-Bahnhaltestellen und insgesamt im Wohnumfeld müssen sich Menschen sicher fühlen können. Auch das macht einen handlungsfähigen Staat aus. Wir wollen nicht warten, bis etwas passiert, sondern vorbeugen. So brauchen wir zur Prävention von Kriminalität und Gewalt nicht nur eine starke Sozial- und Jugendarbeit, sondern eben auch zügige Strafverfolgung und Gerichtsverfahren. Zentral ist und bleibt die Polizei. Darum setzen wir auf personellen Ausbau, eine gute Ausstattung und gute Ausbildung. Wir nehmen Extremismus, insbesondere Rechtsextremismus und Rassismus in den Blick, und wollen die Demokratie und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger stärken. Nicht zuletzt: Wir brauchen einen modernen Bevölkerungsschutz und hier eine bessere Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern. Nach der Corona-Pandemie gilt es, Defizite zu erfassen, zu debattieren und Verbesserungen umzusetzen. Diese und viele weitere Vorhaben finden Sie und findet Ihr im aktuellen [Positionspapier](#).

Landesparteitag Baden-Württemberg

Die SPD im Land hat den digitalen Parteitag gemeistert - die 320 Delegierten waren digital zugeschaltet und über 1.000 Zuschauende im Live Stream. Im Mittelpunkt stand die Nominierung von Andreas Stoch zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl. Sein Ziel ist, die SPD wieder an die Regierungsbeteiligung zu bringen. Grün-Schwarz im Land bedeutet Stillstand - dabei müssen wichtige Zukunftsfragen angegangen werden. Ich durfte die Wahlprogrammkommission leiten. Wir haben uns bemüht in verständlicher Sprache zu schreiben und fünf Themen besonders hervorzuheben: Arbeit, Bildung, Gesundheit, Klimaschutz und Wohnen. Viele Ortsvereine und Kreisverbände haben sich sehr aktiv an der Programmdebatte beteiligt und die Antragskommission hat sich alle Mühe gemacht, möglichst viele interessante Anregungen einzuarbeiten. Das Programm bekommt derzeit den letzten sprachlichen Schliff und wird dann veröffentlicht. Für die breitere Verteilung wird es natürlich wieder eine Kurzform geben. Ein schönes Zeichen an die SPD Baden-Württemberg war es, dass unser Kanzlerkandidat Olaf Scholz persönlich bei uns in Stuttgart war. Mit Blick auf die anstehenden Landtagswahlen war seine Botschaft: „Ihr werdet gebraucht! Ohne die fortschrittliche Orientierung auf ein leistungsstarkes, aber soziales Baden-Württemberg wird es nicht gehen – und das gibt es nur mit der SPD, und nur mit Andreas Stoch.“



Bild: SPD Baden-Württemberg

Stärkung der Sicherheit im Pass- und Ausweiswesen

Rund einhundert Zuschriften erreichten mich zum Speichern von Fingerabdruckdaten im Personalausweis. Das Vorhaben soll den Ausweis fälschungssicherer machen. Hintergrund ist die zunehmende Zahl von Fälschungen biometrischer Lichtbilder in Pässen und Ausweisen. Dabei spielt das sogenannten „Morphing“ (Verschmelzen von mehreren Gesichtsbildern zu einem einzigen Gesamtbild) eine besondere Rolle. Diese Technik kann dazu genutzt werden, dass sich mit ein und demselben Foto mehrere unterschiedliche Personen über die automatisierte Gesichtserkennung identifizieren können.

Auf EU-Ebene wurde deshalb beschlossen, dass Fingerabdrücke im Personalausweis künftig verpflichtend gespeichert werden (wie es bereits beim Reisepass üblich ist). Dies musste nun in deutsches Recht umgesetzt werden.

Wichtig ist mir an dieser Stelle nochmals der deutliche Hinweis, dass die Speicherung der Fingerabdrücke dezentral auf dem Chip des jeweiligen Personalausweises erfolgt. Es erfolgt keine (zusätzliche) Speicherung bei den Behörden und es wird auch keine nationale Datenbank mit Fingerabdrücken aufgebaut. Ein Zugriff bzw. Auslesen erfolgt im Fall der Identitätsüberprüfung nur durch die jeweils autorisierten Stellen. Auch diese speichern die Bilder der Fingerabdrücke nicht, sondern überprüfen lediglich die Authentizität des Ausweises.

Am 25.11. ist der internationale Tag gegen Gewalt an Frauen



Jede dritte Frau in Deutschland war bereits Opfer häuslicher Gewalt. Sie wirksam zu bekämpfen, bedeutet die Zusammenarbeit aller Verantwortlichen in staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen. Opfer von Partnerschaftsgewalt sind zu über 81 Prozent Frauen. Die Hälfte von ihnen hat in einem gemeinsamen Haushalt mit dem Tatverdächtigen gelebt. Das zeigt die aktuelle [Kriminalstatistische Auswertung zur Partnerschaftsgewalt](#) des Bundeskriminalamtes.

Dennoch bekommt dieses wichtige Thema nicht die nötige Aufmerksamkeit in unserer Gesellschaft. Das Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ ruft daher im **Vorfeld des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen am 25. November 2020** mit seiner [Mitmachaktion](#) „Wir brechen das Schweigen“ erneut dazu auf, ein Zeichen zu setzen. Ich werde wieder teilnehmen und würde mich freuen, wenn es auch unter Euch und Ihnen eine rege Teilnahme gibt.



Mein Team in Stuttgart:

Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel: 0711 - 5188 90 10
Fax: 0711 - 5188 90 20
E-Mail: stuttgart@ute-vogt.de

Mein Team in Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 - 227 72894
Fax: 030 - 227 76446
E-Mail: ute.vogt@bundestag.de

